

AMT UNTERSPREEWALD

Stadt: Golßen

Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung führte am 07.08.2025 um 19:00 Uhr eine öffentliche/nicht öffentliche Sitzung im Marstall, Friedensstraße 5, 15938 Golßen, durch.

anwesend:

| | |
|----------------------------|---|
| Krüger, Ronald | Mitglied |
| Schulz, Andrea | Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung |
| König, Thomas | Mitglied |
| Broddack, Ronny | Mitglied |
| Kolan, Lars | Mitglied |
| Schulz, Ronny | Mitglied |
| Maurer, Daniela | Mitglied |
| Glombitza, Steffen | Mitglied |
| Behrendt, Christian | Mitglied |
| Fuchs, Vincent-Julian | Mitglied |
| Dr. Berndt, Hans-Christoph | Mitglied |
| Fuchs, Ute | Mitglied |
| Arndt, Thomas | Mitglied |
| Hummel, Helmut | Mitglied |
| Kleindienst, Nicole | Mitglied |
| Papenhusen, Roman | Mitglied |
| Schönwald, Anke | Mitglied |

Amtsverwaltung:

Herr Kehling, Amtsdirektor
Herr Neumann, Hauptamtsleiter

Gäste:

OBR - Herr Fabian, Seniorenbeirat - Frau Zehn und Frau Kujat, 32 Gäste

Presse:

Herr Staindl - Lausitzer Rundschau, Herr Friedrich - Antenne Brandenburg, rbb - Frau Bachhofer und Herr Hewel

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung Ordnungsgemäßheit der Ladung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Informationen der ehrenamtlichen Bürgermeisterin
4. Informationen der Verwaltung
5. Anfragen der Stadtverordneten zu den Informationen der Bürgermeisterin und der Verwaltung
6. Einwohnerfragestunde
7. Umgang mit Spenden für die Stadt Golßen - Antrag der Bürgermeisterin
8. Verschiedenes/Informationen
Anfragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
Anträge der Fraktionen für die nächste Sitzung

II. Nichtöffentlicher Teil:

9. Verschiedenes/Informationen
Anfragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
Anträge der Fraktionen für die nächste Sitzung
10. Schließung der Sitzung

| Punkt der Tages- ordnung | Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse | Abstimmungs- ergebnis | | |
|-----------------------------------|---|--------------------------|------|------|
| | | Ja | Nein | Enth |
| | I. Öffentlicher Teil: | | | |
| 1. | <p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung Ordnungsgemäßheit der Ladung</p> <p>Frau Schulz begrüßt alle Anwesenden. Sie macht auf die Anwesenheit der Presse aufmerksam und verweist auf die Drehgenehmigung der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 15 (4) der Geschäftsordnung (GO) hin.</p> <p>Sie verliest folgende Stellungnahme zur Feststellung der Ordnungsgemäßheit der Ladung:</p> <p><i>„Die Einberufung erfolgte mit verkürzter Ladungsfrist gemäß § 2 (4) der GO. Der Aushang und Versand der Einladung erfolgten am Freitag, den 01.08.2025. Einwände seitens der Stadtverordneten liegen mir persönlich bisher nicht vor, jedoch wurden nach Rücksprache mit Stadtverordneten der GfG-Fraktion Bedenken seitens der Kommunalaufsicht angemeldet. Nach heutiger Information bezweifelt die Kommunalaufsicht - unter Vorbehalt -, die Eilbedürftigkeit der Einberufung an, jedoch nicht die Sitzung an sich. Beschlüsse, die möglicherweise gefasst werden sollten, werden dem Maßstab der Eilbedürftigkeit unterzogen und ggfls. beanstandet. An der von mir begründeten Eilbedürftigkeit halte ich jedoch fest. Hier wurde ein Thema, welches ausschließlich in der Stadtverordnetenversammlung zu klären ist, in die Öffentlichkeit getragen und auf landes- und bundespolitische Ebene gehoben, welches der Stadt Golßen und den Unterstützern des Stadtfestes mindestens einen immateriellen Ansichtsschaden gebracht hat. Als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Vorsitzende dieser Stadtverordnetenversammlung ist es meine einzige Möglichkeit, ein solches Thema zu behandeln, eine Stadtverordnetenversammlung einzuberufen. Da bereits morgen das Stadtfest startet und ich von diesem weiteren Schaden abwenden möchte, habe ich für den heutigen Abend diese Sitzung einberufen. Unabhängig von der verkürzten Ladungsfrist für die Stadtverordneten, ist die ordentliche Bekanntmachungsfrist eingehalten worden, da bereits am Freitag, den 01.08.2025 und somit mindestens 5 Tage vor der Sitzung die Sitzung bekannt gemacht wurde. Der Öffentlichkeitsgrundsatz ist damit gewahrt.“</i></p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung ist nach Zahl der erschienenen Mitglieder (17) beschlussfähig.</p> | | | |
| 2. | <p>Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Frau Schulz weist darauf hin, dass die von der GfG-Fraktion eingereichte BV Nr. 84-2025 unter TOP 7 behandelt wird, da eine nachträgliche Änderung der Tagesordnung, also auch die Erweiterung der Tagesordnung um einen TOP nicht möglich ist, mit Ausnahme einer Erweiterung wegen Dringlichkeit in der Sitzung selbst. Ferner liegen ihr keine Änderungsanträge oder Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung vor.</p> <p>Sie bittet sodann um Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung.</p> <p>Abstimmungsergebnis: 16 Anwesende, 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen</p> | | | |
| 3. | <p>Informationen der ehrenamtlichen Bürgermeisterin</p> <p>Frau Schulz verliest nachfolgend ihre von der Öffentlichkeit, insbesondere der GfG-Fraktion, geforderte Stellungnahme:</p> <p><i>„Es gibt zwei Gründe, aus denen wir heute hier kurzfristig</i></p> | | | |

| | | | |
|---|--|--|--|
| <p>zusammengekommen sind.</p> <p>1.</p> <p>Am 31.07.2025 um 17:08 Uhr erhielt ich folgende Mail von Herrn Kolan im Namen der GfG-Fraktion mit einem verschlüsselten Empfängerkreis und mit der Überschrift: „Konsequenzen aus der öffentlichen Diskussion zur Spendenannahme“ und folgendem Inhalt:</p> <p>„Sehr geehrte Frau Schulz,</p> <p>mit großer Irritation und Befremden hat die gesamte Fraktion Gemeinsam für Golßen zur Kenntnis genommen, dass Sie eine Spende von Herrn Christoph Berndt entgegengenommen haben. Die heutige öffentliche Diskussion hierzu hat unser Unverständnis bestätigt und weiter vertieft. Es steht außer Frage, dass die Ihre Entscheidung bereits jetzt zu einem erheblichen Reputationsschaden für unsere Stadt geführt hat. Ein solcher Vorgang erschüttert das Selbstverständnis unserer Kommune und sendet ein verheerendes Signal – an die Bürgerinnen und Bürger, an die aufrichtigen Unterstützerinnen und Unterstützer des Stadtfestes sowie weit über die Stadtgrenzen hinaus.</p> <p>Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf, Ihrer politischen und moralischen Verantwortung gerecht zu werden:</p> <p>Veranlassen Sie unverzüglich die Rücküberweisung der genannten Spende und unternehmen Sie alles Erforderliche, um das beschädigte Ansehen der Stadt Golßen wiederherzustellen.</p> <p>Mit Nachdruck und im Interesse unserer Stadt erwarten wir Ihr umgehendes Handeln.“</p> <p>Diese E-Mail ist bereits von der Überschrift her für mich bedrohlich und im weiteren Verlauf voller falscher Tatsachenbehauptungen und ich möchte diese hiermit klarstellen:</p> <p>Es ist unwahr, dass ich eine Spende entgegengenommen habe, denn das kann ich als ehrenamtliche Bürgermeisterin gar nicht. Darüber hinaus ist eine Spende, im Gegensatz zum Sponsoring, ein einseitiges Rechtsgeschäft ohne eine Gegenleistung. Es gab auch keine öffentliche Diskussion – zumindest nicht mit mir. Mich hat nämlich bis zum heutigen Tage keiner der GfG-Fraktionsmitglieder persönlich kontaktiert und nach einer Lösung gesucht.</p> <p>Auch ist fraglich, welche meiner Entscheidungen - denn ich habe gar keine Entscheidung getroffen - zu dem bezeichneten Schaden für die Stadt geführt haben soll. Insgesamt erfüllt diese E-Mail - in Abhängigkeit des Empfängerkreises, der mir ja bis heute nicht bekannt ist, die Tatbestände der §§ 186, 187 und 188 des Strafgesetzbuches.</p> <p>Der am selben Tag veröffentlichte Post der GfG in den sozialen Medien mit Sätzen wie „Warum hat die Bürgermeisterin zugelassen.....“, „Moral und Rückgrat sind nicht käuflich“, „Der Bürgermeisterin ist Geld wichtiger als politische Haltung“, „Sie (also ich?) tragen dazu bei, extreme Inhalte zu verharmlosen, „Ihre Unterstützung kann Hass, Intoleranz und Diskriminierung fördern, das gesellschaftliche Zusammenleben gefährden und das Image der Stadt schädigen“ und „Wir werden klären, also die GfG, ob die Bürgermeisterin die Annahme der Spende aus Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit tat“ verhärten die Tatbestände der vorgenannten §§. Gleichzeitig haben Sie, sehr geehrte Vertreter der GfG-Fraktion, zugelassen oder gar unterstützt, dass Basisorganisation der Linken, die Ortsverbände der SPD Golßen/Schönwald und SPD Luckau ähnliche und noch schlimmere Behauptungen im Netz verbreiten. Sie haben auch Menschen außerhalb der Stadt Golßen mit diesen Falschaussagen instrumentalisiert und dazu gebracht, eine Initiative zu gründen mit dem irreführenden Namen „Golßen für Alle“, die die Demonstration organisiert hat und eine weiterführende Hetzkampagne, nun auch gegen die UBL durchführt.</p> <p>Es spricht glaube ich Bände, dass die verantwortliche Person, die die Demo organisiert hat, auf Nachfrage erklärt- sie wohnt übrigens in Luckau -: „Nein</p> | | | |
|---|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>ich kenne Frau Schulz nicht, unsere Aktionen beruhen lediglich auf den Informationen einer Golßener Stadtverordneten aus der GfG.“ Das muss man alles erstmal sacken lassen. Bis heute hat sich kein Mitglied der GfG-Fraktion von dieser gegen meine Person geführten Hetzkampagne distanziert, so dass ich leider davon ausgehen muss, dass alle 8 Vertreter dies unterstützen und befürworten. Ich möchte Sie auch darüber informieren, dass diese Posts und Mails dazu geführt haben, dass ich ein Sicherheitsgespräch mit der Polizei hatte und diese sämtlichen Materialien zur Prüfung auf strafrechtliche Relevanz weitergeleitet hat. Unabhängig davon, habe ich natürlich gemeinsam mit dem Amtsdirektor überlegt, welche Möglichkeiten ich als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Mitglied dieser Stadtverordnetenversammlung habe und habe wie von Ihnen gefordert, unverzüglich diese Stadtverordnetenversammlung einberufen – denn die Stadt Golßen wird nicht durch mich allein vertreten, sondern ausschließlich durch dieses Gremium hier. Ich habe genau, wie Sie alle hier, 1 von 17 Stimmen. Nur wir gemeinsam können Entscheidungen, zum Beispiel über die Annahme von Spenden treffen. Herr Kolan, Frau Maurer, insbesondere Sie als ehemalige Bürgermeister sollten das wissen.</p> <p>2. Mit der Einberufung dieser Sitzung möchte ich das Thema und die Debatte um die Annahme einer Spende für das Stadtfest Golßen dorthin holen, wo es hingehört - nämlich in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen. Nun zum eigentlichen Thema und der geforderten Stellungnahme: Ich distanzieren mich ausdrücklich gegen Extremismus jeglicher Art, von rechts aber genauso wie von links! Ich distanzieren mich aber auch ausdrücklich von der politischen Instrumentalisierung einer Kleinstadt und Einflussnahme auf deren ehrenamtlich Tätigen für eine politische Auseinandersetzung, die auf politischer Ebene im Land oder im Bund zu führen ist. Ich distanzieren mich auch von dem öffentlichen Druck, der hier auf die Stadtverordneten der Stadt Golßen von außen ausgeübt wird, mittels offenen Briefs oder der draußen stattfindenden Demo. Das nennt man auch Behinderung der freien Ausübung des Mandates und verletzt die Rechte der Stadtverordneten. Die Stadt Golßen als amtsangehörige Stadt wird durch dieses Gremium hier vertreten, also durch 16 Stadtverordnete und 1 ehrenamtliche Bürgermeisterin. Die Verwaltung und damit auch die Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten ist auf das Amt Unterspreewald, rechtlich vertreten durch den Amtsdirektor, übertragen. Als ehrenamtliche Bürgermeisterin bin ich Fürsprecherin und Ansprechpartnerin der Bürgerinnen und Bürger und bin allein diesen zur Rechenschaft verpflichtet. Bevor Sie Menschen derart öffentlich in Misskredit bringen, sollten Sie zukünftig Verantwortlichkeiten sorgfältiger recherchieren. Weiterhin gehört es zu meiner Pflicht als Bürgermeisterin auch eine politische neutrale Haltung zu zeigen, um allen Bürgern offen zu signalisieren: „Ich bin für dich ansprechbar, egal, aus welcher politischen Ecke du kommst.“. Es steht mir nicht zu, die hier im Saal anwesenden gewählten Vertreter auszugrenzen oder zu bewerten. Damit würde ich die demokratische Wahl unserer Bürger in Frage stellen. Zuständig für ALLE Entscheidungen der Stadt ist die Stadtverordnetenversammlung, in der ich, wie Sie alle hier, genau 1 Stimme von 17 habe und als Vorsitzende für die Einberufung und die Sitzungsleitung zuständig bin. Was bedeutet das nun konkret für die Organisation des Stadtfestes: Der Auftrag zur Durchführung des Festes wurde per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erteilt. An der Vertragsgestaltung, die auch die Anwerbung und den Umgang mit</p> | | |
|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| <p>Spenden und Sponsoren beinhaltet, war die Stadtverordnetenversammlung, u.a. vertreten durch Herrn Kolan, beteiligt.</p> <p>Wie funktioniert das in der Praxis:</p> <p>Der Veranstalter hat zunächst alle Spender des vergangenen Jahres angeschrieben, im Amtsjournal gab es zweimal den Aufruf an ALLE Golßener Bürger, Vereine und Unternehmer, das Stadtfest z.B. durch Spenden zu unterstützen. Ergänzend hat die Bürgermeisterin, also ich, Unternehmer der Stadt angeschrieben. So sind inzwischen mehr als 20 Spender und 1 Sponsor zusammengekommen.</p> <p>Allen Spendern war durch die Ausschreibung die namentliche Nennung in der Werbung zugesagt. Aus Kostengründen wurde in diesem Jahr – vielleicht Gott sei Dank - auf einen Sponsorenempfang verzichtet.</p> <p>Der praktische Ablauf sieht dann wie folgt aus:</p> <p>Der Bürger oder Unternehmer entscheidet sich, zu Spenden, zahlt auf das angegebene Konto bei der Verwaltung ein. Einmal wöchentlich wurde der Veranstalter und informativ auch die Bürgermeisterin über den Spendeneingang informiert. Der Veranstalter hat das Werbematerial entsprechend angepasst.</p> <p>Es gibt weder in der Ausschreibung noch im Vertrag noch, im Gesetz Vorgaben, die dieses Verfahren einschränken oder potenzielle Spender oder Sponsoren ausschließen. Verwaltung, Veranstalter und Stadt haben also bis dato keine rechtliche Grundlage, um eine Spende abzulehnen oder zurückzuzahlen – das ist aber eine Tatsache, die wir uns hier alle auf die Fahne zu schreiben haben und nicht nur ich allein. Aus diesem Grund hat diese Stadtverordnetenversammlung auch den TOP 7 auf der Tagesordnung, um möglicherweise entsprechende Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen zu beschließen.</p> <p>Nun zum Flyer - warum gibt es zwei unterschiedliche. Eine einfache Anfrage an mich oder den Veranstalter, bzw. etwas mehr Aufmerksamkeit in der Stadtverordnetenversammlung am 28.07.2025 hätte die Antwort geliefert: Der in der Stadtverordnetenversammlung am 28.07.2025 verteilte Flyer war der Entwurf der Druckvorlage für die Papierflyer – alle Spenden einschließlich der Einzahlungen bis Freitag, den 25.07.2025 sind auf dem Papierflyer genannt.</p> <p>Die Druckfreigabe durch den Veranstalter erfolgte am Montagmittag, der Druck Montagabend. Die Auslieferung der Papierflyer und Auslage erfolgte ab Donnerstag, den 31.07.2025.</p> <p>Der Ihnen in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Entwurf enthielt bereits alle Sponsoren – das habe ich ja gerade alles gesagt. Keiner von Ihnen hat in der Sitzung Bedenken geäußert oder angezeigt, dass es möglicherweise Einschränkungen geben sollte – KEINER von Ihnen.</p> <p>Parallel war vertraglich festgelegt, das Fest auch online zu bewerben. Die Online-Werbung ist natürlich flexibel anpassbar, so dass der am Mittwochnachmittag ONLINE verteilte Flyer alle bis Mittwoch (30.07.25) eingegangenen Spenden enthält. Ich habe diesen Onlineflyer unmittelbar nach Eingang den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt. Auch Herr Kolan hat diesen Flyer ohne Kritik, Einwände oder Rückfragen von Mittwochabend bis Donnerstagvormittag in seinem Status geteilt.</p> <p>Am Donnerstag (31.07.2025) um 08:53 Uhr erhielt ich die aktuelle Spendenliste mit allen Spenden bis einschließlich Mittwoch, den 30.07.2025. Um 09:05 Uhr leitete ich diese Liste an die Fraktionsvorsitzenden weiter.</p> <p>Was dann parallel in den sozialen Medien und der Presse durch die GfG, BO-Libelle und SPD/Luckau und Golßen/Schönwald losgetreten wurde - ohne eine direkte Kontaktaufnahme mit mir - kann eigentlich nur als Hass- und Hetzkampagne bezeichnet werden und das vorsätzlich, da wider besseres Wissen: Ich kann und habe keine Spende angenommen! Sie haben als Teil dieser Stadtverordnetenversammlung auch gar nicht versucht, eine Lösung zu finden.</p> | | | |
|--|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| <p>Warum behaupten und fordern Sie öffentlich, ich allein könnte daran irgendetwas ändern?</p> <p>Herr Kolan, ich frage Sie konkret: „Warum haben Sie als Fraktionsvorsitzender und mein Stellvertreter, als Sie merkten, dass Ihre Fraktion solche Bauchschmerzen mit der Sponsorenliste haben, nicht direkt den Kontakt zu mir gesucht, um Fragen zu klären oder Lösungen zu finden oder warum haben Sie selbst nach Erhalt der Sponsorenliste am Donnerstag um 09:05 Uhr nicht direkt versucht, eine Lösung im Sinne der Stadt herbeizuführen?“ Es gab bis zum heutigen Tage keinen einzigen Anruf und keinen konkreten Lösungsvorschlag oder Lösungsversuch. Allein die Forderung an mich, unverzüglich zu handeln.</p> <p>Die Antwort, die ich mir selbst geben kann, kann nur lauten:</p> <p>Weil es von ihnen gar nicht gewollt ist, eine Lösung im Sinne der Stadt herbeizuführen, weil es von Ihnen gar nicht gewollt ist, das Ansehen der Stadt oder der ehrenamtlichen Bürgermeisterin zu schützen!</p> <p>Wie sonst erklären Sie die öffentliche Kampagne gegen unser Stadtfest, gegen die ehrenamtliche Bürgermeisterin, das sofortige Einbeziehen der Presse, das Versenden von kompromittierenden Mails an Unterstützer der Stadt, um sie dazu zu bewegen, ihre Spende zurückzufordern und gar künftig gar nicht mehr für die Stadt zu spenden?</p> <p>Sie kündigen an – öffentlich -, Beschlüsse einzureichen, um mein Verhalten auf Vorsatz oder Fahrlässigkeit zu überprüfen. Ich frage Sie „Warum haben Sie nicht unmittelbar nach ihrem Aufruhr am Donnerstag die Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung mit dem entsprechenden Beschlussantrag bei mir beantragt?“</p> <p>Vermutlich weil es gar nicht ihr Anliegen ist, eine sachliche Lösung herbeizuführen.</p> <p>Und nun habe ich eine Stadtverordnetenversammlung einberufen, schnellstmöglich und kurzfristig, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden – und was machen Sie? Sie bezweifeln die Eilbedürftigkeit der Sitzung. Ich rede ja gar nicht davon, dass Sie mir gegenüber weder Kontrollbefugnisse noch Weisungsbefugnisse haben, weil ich genau wie Sie ein Teil dieses Gremiums bin. Ich rede auch nicht davon, dass ich als ehrenamtliche Bürgermeisterin ganz allein den Bürgern, also meinen Wählern gegenüber verantwortlich bin.</p> <p>Ich bin einfach nur maßlos enttäuscht, dass ausgerechnet die Fraktion, die ständig den „richtigen Tonfall“ fordert, Transparenz, Toleranz und Gleichbehandlung predigt, der Stadt, ihren Vertretern und der ehrenamtlichen Bürgermeisterin einen solchen unumkehrbaren Ansehensschaden zufügt.</p> <p>Ich frage Sie und Sie dürfen darauf gerne unter dem TOP 5 antworten: „Was ist ihr konkretes Ziel oder was war Ihr Ziel mit dieser schmutzigen Kampagne seit dem 31.07.2025 gegen meine Person und gegen unser Stadtfest und nicht zuletzt auch gegen unsere Unterstützer?“</p> <p>Ich kann hierbei weder demokratische Grundsätze, Wertschätzung, Respekt, noch ein Golßen für ALLE erkennen.</p> <p>Unabhängig von Ihrem eigentlichen Ziel kann ich Ihnen sagen, was Sie innerhalb einer Woche erreicht, haben:</p> <p>Ein negatives Image für eine Kleinstadt, das seinesgleichen sucht. Eine tiefe Spaltung unserer Stadt und dieses Gremiums, Vertrauensverlust bei den Bürgern für eine Golßen zugewandte Stadtpolitik, große Unsicherheit bei den Veranstaltern, Künstlern, Bürgern und Sponsoren.</p> <p>Und etwas haben Sie noch erreicht. Mein Bestreben war seit 13 Monaten eine offene, direkte und ehrliche Kommunikation und umfassende Information- dazu benötigt es jedoch Vertrauen - Vertrauen darin, dass diese Form der Kommunikation auch von allen Seiten gelebt und respektiert wird. Dieses Vertrauen haben Sie nun verwirkt. Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit in diesem Gremium in den kommenden 4 Jahren vor? Wie</p> | | | |
|--|--|--|--|

| | | | | |
|----|--|--|--|--|
| | <p>wollen Sie den Auftrag Ihrer Wähler hier noch erfüllen?</p> <p>Schon die vergangene Sitzung war geprägt von Ihrem Misstrauen mir gegenüber. So haben Sie die von mir eingereichten Anträge zur Überprüfung an die Kommunalaufsicht gesandt, ohne zuvor den Amtsdirektor oder mich mit Ihren Fragen zu konfrontieren.</p> <p>Aber selbst nach einer Antwort der Kommunalaufsicht, fühlten sich Sie nicht in der Lage, meinen Beschlussanträgen zu folgen. Nun das ist Demokratie. Aber Sie lehnen es ab, dass ich auf 230,00 Euro meiner Aufwandsentschädigung verzichte zugunsten der Golßener Vereine und Ortsteile – weil Ihnen der krumme Betrag komisch vorkommt. Das ist für mich auch unter dem Deckmantel der Demokratie nicht nachvollziehbar, vor allem da sie sich „Gemeinsam für Golßen“ nennen.</p> <p>An Herrn Kolan richte ich hiermit die Bitte: „Prüfen Sie, ob Sie insbesondere nach der E-Mail, die Sie mir im Namen Ihrer Fraktion mit einem unbekannten Empfängerkreis am Donnerstag gesandt haben, allen Ernstes mit ihrem Gewissen noch vereinbaren können, weiterhin mein 1. Stellvertreter zu sein“. Und nun eine Frage an die gesamte Fraktion GfG: "Warum haben Sie nicht ein einziges Mal den Kontakt zu mir gesucht, wenn sie denn der Meinung sind, dass ich das Problem lösen kann - warum haben Sie mich nicht gefragt, ob der Spender Dr. Berndt vielleicht auf die Nennung seines Namens verzichtet, warum sind Sie selbst nicht auf die Idee gekommen den Online-Flyer ohne Sponsoren zu verwenden, so wie es einige Bürger ganz pragmatisch gemacht haben?". Auf politischer Ebene hätten Sie sich auch direkt an Herrn Berndt, als Mitglied dieser Stadtverordnetenversammlung, mit einem Lösungsvorschlag wenden können - das wäre zumindest der richtige Ansprechpartner gewesen.</p> <p>Ich beantworte mir die Frage wie folgt:</p> <p>Weil sie eine solche Lösung für die Stadt gar nicht wollten. Vielleicht verraten Sie es uns ja gleich. Aber eines steht fest: Wir alle hier im Raum sind für fünf Jahre gewählt, um im Sinne unserer Stadt zu entscheiden und die Stadt zukunftsfähig zu halten. Da ich nach den vergangenen sieben Tagen im Moment keine Idee habe, wie Sie sich diese Arbeit hier in diesem Gremium vorstellen mit mir und den anderen Stadtverordneten, biete ich Ihnen eine gemeinsame Mediation an. Mediator sollte jemand unabhängiges von außerhalb des Landkreises sein. Sie müssen das Angebot nicht heute annehmen. Ich würde mich aber über eine Rückmeldung bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung freuen.</p> <p>Der mir entgegengebrachte Zuspruch von Menschen aus Golßen und dem Landkreis, aus allen politischen Richtungen, hat mich bestärkt, dass der von mir eingeschlagene Weg der für mich Richtige ist und mich getragen, diese Woche unter einem unglaublichen medialen Druck zu überstehen.</p> <p>Dafür sage ich Danke, vor allem auch den Menschen, die den Mut hatten, mit mir das Thema sachlich zu besprechen und die Berichterstattung zu hinterfragen.</p> <p>Der von der GfG eingereichte Antrag für eine Richtlinie zum Umgang mit Spenden findet meine volle Zustimmung. Das ist das, was ich unter dem von mir angemeldeten TOP 7 vorschlagen wollte und was wir als Stadtverordnetenversammlung bisher versäumt haben, weil es bisher nicht erforderlich war.</p> <p>Abschließend habe ich eine Bitte an Alle: Ab Morgen wartet auf uns ein Stadtfest – getragen von den Bürgern unserer Stadt, die sich unabhängig von politischen Einflüssen engagieren und einbringen. Auf der Bühne erwarten uns unsere Kinder des GCC, die sich unglaublich auf Ihren Auftritt freuen. Wir erwarten erstmals seit vielen Jahren eine Delegation aus unserer polnischen Partnerstadt. Bitte sorgen Sie dafür, dass die aufgebrachte Öffentlichkeit uns unser Stadtfest feiern lässt, wie es sich die Golßener verdient haben ohne eine weitere Instrumentalisierung.“</p> | | | |
| 4. | Informationen der Verwaltung | | | |

| | | | | |
|----|--|--|--|--|
| | Herr Kehling teilt mit, dass derzeit keine Informationen vorliegen. | | | |
| 5. | <p>Anfragen der Stadtverordneten zu den Informationen der Bürgermeisterin und der Verwaltung</p> <p>Herr Dr. Berndt Er verliest eine E-Mail mit dem Betreff „Spende Golßen/AfD als zu vernichtender Feind“ (wird als Anlage 1 zur Niederschrift genommen). Weiter richtet er sich wie folgt an die GfG-Fraktion: „1. Sie reden von „Golßen für alle“, aber diejenigen die Ihre Meinung nicht teilen, die wollen Sie, um mit den Worten von Frau B. aus Gersdorf zu bleiben, die wollen Sie beseitigen. 2. Sie reden von „Menschenwürde“, aber Sie streiten Anne Haberstroh und mir die Menschenwürde ab, auch nur eine Spende für die Stadt machen zu wollen. 3. Sie beklagen „Hass und Hetze“ bei Anderen, aber Sie starten eine Hass- und Hetzkampagne gegen unsere Bürgermeisterin. 4. Ihr „Bunt“ ist ein anderes Wort für Hässlichkeit, Dekadenz und Intoleranz. 5. Sie nennen sich „Gemeinsam für Golßen“ und Sie tragen eine Spaltung, wie sie die Stadt noch nie hatte. 6. Ihre Aufführung ist eine Schande für Golßen.“ Herr Hummel bittet um Durchsetzung des § 4 der GO und bittet um Einhaltung der Zuhörer. Frau Schulz sieht die Einwände als berechtigt und bittet die Zuhörer um Ruhe, verweist aber darauf, dass die Geschäftsordnung rechtlich nur für die Stadtverordneten gilt.</p> | | | |
| 6. | <p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es gibt keine Anfragen.</p> | | | |
| 7. | <p>Umgang mit Spenden für die Stadt Golßen - Antrag der Bürgermeisterin</p> <p>Frau Schulz ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt wie folgt aus: <i>„Nach heutiger telefonischer Rücksprache mit dem Veranstalter der Demonstration ist das Verständnis dafür, dass wir heute keine Beschlüsse fassen können, um die bestehende Regelungslücke der Stadt zu schließen vorhanden. Insbesondere nach der Berichterstattung u. a. des „Spiegels“, der „Lausitzer Rundschau“, die ja schon wussten, dass die Kommunalaufsicht die Dringlichkeit anzweifelt. Mein Antrag, bzw. die Benennung dieses TOPs basiert auf der Feststellung einer offensichtlichen Regelungslücke für die Stadt Golßen.</i> <i>Da ich, wie bereits mehrfach erwähnt, Teil dieses Gremiums bin und keiner Fraktion angehöre, habe ich meinen ursprünglichen Antrag – nämlich eine fertige Satzung zur Entscheidung vorzulegen, verworfen und bin daher dankbar, den Antrag der GfG aufnehmen zu können“</i> Die Behandlung des Antrages der GfG erfolgt unter diesem TOP, da der Antrag nach der Festsetzung der TO einging und thematisch und unter Einhaltung des Öffentlichkeits- und Bekanntmachungsgrundsatzes hier rechtlich einwandfrei behandelt werden kann. Es erfolgt der Verweis auf die angezweifelte Eilbedürftigkeit dieser Beschlussvorlage und die Wahrscheinlichkeit der Beanstandung. Sie schlägt vor, entweder den Beschluss zu vertagen oder die Verwaltung nimmt den Auftrag zur Erstellung der Richtlinie auch ohne Beschluss an. Sie übergibt Herrn Kolan, als Einreicher der Beschlussvorlage das Wort. Herr Kolan stellt den Antrag auf Vertagung der vorliegenden Beschlussvorlage und möchte diese in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung haben. Er verliest die folgende Stellungnahme der GfG-Fraktion zur Sondersitzung: <i>„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,</i></p> | | | |

| | | | |
|---|--|--|--|
| <p>sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Golßenerinnen und Golßener, unsere Fraktion hat sich bewusst und gründlich mit dem Vorgang beschäftigt. Wir haben versucht, uns in die Lage der Bürgermeisterin zu versetzen. - Was hätten wir getan, wenn wir erfahren hätten, dass eine Spende an die Stadt aus dem Umfeld eines Mannes kommt, der vom Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextrem geführt wird? Was hätten wir getan?</p> <p><u>Wir hätten zumindest erkannt, dass diese Spende eine politische Brisanz in sich trägt. Und wir hätten das Gespräch mit den Fraktionen oder mit den Fraktionen dieser Stadtverordnetenversammlung gesucht, wenn wir Bürgermeisterin/Bürgermeister wären. Mindestens aber mit der Fraktion, bei der mit Widerspruch zu rechnen wäre. Ein klärender Dialog wäre aus unserer Sicht das Mindeste gewesen. Dieser hat aber bis heute nicht stattgefunden. Haben wir etwas gemeinsam. Stattdessen wird Herr Dr. Berndt bis zum heutigen Tage auf dem Plakat des Golßener Stadtfestes, welches auf der Homepage der Stadt Golßen genannt. Öffentlich, namentlich und ohne jede Rücksprache.</u></p> <p>Das ist kein Versehen. Das ist aus unserer Sicht eine bewusste Entscheidung. Wer die getroffen hat, haben wir heute hier noch nicht gehört. Eine falsche ist es alle mal. Dr. Christoph Berndt ein Mann, der im August 2024 gemeinsam mit seiner Fraktion im Landtag forderte, Asylbewerber und ukrainischen Geflüchteten von öffentlichen Veranstaltungen fernzuhalten und ihnen den Zugang zu verwehren. Naja, muss man erst einmal draufkommen.</p> <p>Wir haben für den heutigen Tag drei klare Botschaften und eine Klarstellung: Unsere drei Botschaften:</p> <p>1. Keine Normalisierung rechtsextremer Einflussnahme</p> <p>Die GfG lehnt es strikt ab, dass Spendengelder aus eindeutig extremistischem Umfeld angenommen und öffentlich gewürdigt werden. Diese Spende war kein Akt der Unterstützung – sie war ein politisches Signal, ja ein politischer Schachzug oder aus meiner Sicht ein Testballon. Wer das nicht erkennt, verkennt den Ernst der Lage.</p> <p>Für uns ist klar: Die Brandmauer zur AfD und erst recht zum Rechtsextremismus ist für uns keine Floskel. Sie ist politischer Grundkonsens bei uns.</p> <p>Dass andere sich damit leichter tun – das nehmen wir zur Kenntnis. Aber für uns ist und bleibt klar: Diese Mauer darf nicht wanken.</p> <p>Wir fordern, dass die Stadtverordnetenversammlung eine wertgeleitete, demokratische Grundhaltung lebt. In einer solchen Haltung hat Rechtsextremismus keinen Platz – auch nicht in Form symbolischer und materieller Einflussnahme.</p> <p>2. Keine Pflicht zur Annahme – politisches Ermessen ist gefordert</p> <p>Niemand verlangt, dass Golßen jede Spende annimmt – schon gar nicht solche aus extremistischem Kontext. Es besteht auch kein Annahmewang, weder gesetzlich noch politisch.</p> <p>Die Bürgermeisterin hätte die Spende zumindest erst einmal in der Schwebe belassen können, bevor die Entscheidung getroffen wird – von wem auch immer – dieses Plakat herzustellen, auf dem der Sponsor zu sehen ist. Mit Blick auf Herkunft und Wirkung und Symbolik hätte man zumindest verbal mündlich erklären können und auch mit Blick auf das, was da draußen los ging, hätte man lange erklären, dass was man heute erklärt hat. Das könnte Sie im Übrigen auch heute noch.</p> <p>Die kommunalpolitische Umsetzung der Rückzahlung, in Form eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, kann in einer der nächsten Sitzungen nachgeholt werden.</p> <p>Es geht also nicht um Empörung aus Prinzip. Es geht um politischen Selbstschutz. Um Würde und es geht um Haltung bei Eingang solcher Zahlungen. Und um die klare Botschaft, dass es nicht egal ist, von wem man</p> | | | |
|---|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | <p>Geld nimmt – nicht in Golßen, nicht im Jahr 2025, nicht in Zeiten, in denen die Demokratie von vielen Seiten unter Druck gerät. Da muss man sich überlegen, was man tut.</p> <p>3. Demokratische Kontrolle gilt für alle – auch für die Bürgermeisterin</p> <p>Es irritiert zutiefst, dass über Sichtbarkeit auf einem Plakat und Annahme einer politisch hoch sensiblen Spende allein entschieden wurde, ohne Einbindung des demokratisch gewählten Gremiums. Neutralität bedeutet nicht Sprachlosigkeit. Und Verantwortung bedeutet auch, rechtzeitig Fragen zu stellen, statt auf Kritik mit Umdeutungen (von Sponsoring auf Privatspende) zu reagieren. Wer politisch wirken will, muss sich auch der politischen Kontrolle stellen und vor allem aushalten. Wir fordern die Bürgermeisterin auf, sich wieder auf ihre selbst gesetzten Maßstäbe zu besinnen – ich glaub das kann sie auch -: Neutralität, Offenheit und ein klares Bekenntnis zu den demokratischen Grundwerten dieser Stadt.</p> <p>Abschließend noch ein Wort zu den Vorwürfen gegen uns als GfG-Fraktion: In den letzten Tagen wurde der GfG-Fraktion - jetzt ja auch wieder - in Gesprächen und E-Mails unterstellt, sie sei für die Eskalation der öffentlichen Debatte verantwortlich. Dazu sagen wir heute sehr deutlich:</p> <p>Die GfG hat keine Demonstration organisiert. Wir haben keine Presse eingeladen. Wir haben niemanden mobilisiert und wir plädieren für einen respektvollen Umgang mit allen Gemeindevertretern, Stadtverordneten, Bürgermeistern etc. auch im Umgang unserer linken Befürworter, wenn man da über dem Ziel hinaus war, dann können wir das nur bedauern und komplett uns davon distanzieren.</p> <p>Was wir aber getan haben, war schlicht und klar: Wir haben der Bürgermeisterin als Fraktion am vergangenen Donnerstag <u>eine</u> E-Mail geschrieben – mit der Bitte, alles zu tun, um weiteren Reputationsschaden von der Stadt abzuwenden. Antwort darauf: Keine!</p> <p>Die öffentlichen Reaktionen, die Sie heute da draußen sehen – die mediale Aufmerksamkeit, die Proteste, das volle Haus – sind nicht entstanden, weil die GfG kleinlich oder rechthaberisch ist. Sie sind Ergebnis einer Empörung der Zivilgesellschaft, weil die Bürgermeisterin einen Mann aus einem extremistischen Spektrum auf das Stadtfest-Plakat setzt und damit öffentlich signalisiert: Sein Geld ist uns willkommen.</p> <p>Wir teilen diese Empörung und sagen: Wer kritisiert, wie wir, hetzt nicht. Wer sich für Demokratie einsetzt, der spaltet nicht. Der ist auf der einzig richtigen Seite.</p> <p>Die Aufgabe für dieses Gremium steht fest:</p> <p>Die vollständige Rückzahlung der Spende.</p> <p>Sofern nicht durch die Bürgermeisterin ohnehin geplant, werden wir eine Beschlussvorlage einbringen, die das Stadtfest nachträglich von dieser politischen Last befreit – finanziell und auch symbolisch. Die Stimmen der GfG-Fraktion kann ich für eine derartigen Beschlussfassung schon heute zusagen.</p> <p>Und die Schaffung klarer Regeln für zukünftige brisante Spenden an die Stadt. Eine entsprechende Beschlussvorlage haben wir bereits eingebracht und kann in der nächsten Sitzung diskutiert werden. Denn Golßen ist kein Ort, an dem rechtsextreme Kräfte Anerkennung durch Sponsoring erhalten dürfen. Und wir sind keine Stadtverordneten, die dazu schweigen. Gesprächsbereit sind wir immer, aber heute sagen wir, was gesagt werden muss und das ist uns wichtig. Heute ist ein Tag für uns, wo wir eine entsprechende Haltung zeigen.</p> <p>Ich möchte auch den Anwesenden auf dem Weg geben, dass ich mir wünsche, dass sie diese Diskussionen, die wir heute hier führen, beim kommenden Besuch des Golßener Stadtfestes vergessen haben und das genießen, was Ihnen die Stadt Golßen von Herzen gönnt: Ein Stadtfest, das den beruflichen und privaten und vor allem politischen Alltag vergessen. Vielen Dank.“</p> | | |
|--|--|--|--|

| |
|--|
| <p>Frau Schulz weist auf die zeitgleiche Kontaktaufnahme der Presse und die Posts der BO-Libelle (mit Verlinkung LR und RBB), der SPD Golßen Schönwald und GfG-Fraktion, lange vor der erwähnten Mail der GfG, hin und verweist auf die nachfolgenden Ausführungen der Verwaltung zur Erstellung des Plakats und zum Verfahren mit den Spenden. Auf die Nachfrage durch Herrn Kolan teilt sie weiter mit, dass sie den Flyer auch nicht freigegeben hat – so wie eben auch von ihr ausgeführt. Sie weist nochmals darauf hin, dass hierfür der Veranstalter zuständig sei – wie vertraglich vereinbart. Sie versteht nicht, warum sie auf ihn zukommen sollte, wenn er Störgefühle hätte. Sie hätte erwartet, dass er sich umgehend an sie wendet. Sie übergibt nunmehr Herrn Kehling das Wort. Dieser möchte den technischen Aspekt nochmals richtigstellen:</p> <p>Die Spenden gehen bei der Kämmerei ein und werden nach gelebter bisheriger Praxis an den Veranstalter zur Danksagung und Präsentation auf dem Flyer/Plakat weitergeleitet. Es gab, wie in allen Jahren zuvor keine Abfrage bezüglich einzelner Spender bei der ehrenamtlichen Bürgermeisterin, so dass sie keine Entscheidung getroffen hat im Umgang mit Spendenannahmen oder -ablehnungen.</p> <p>Nur durch die Stadtverordneten kann ein Umgang mit Spenden geregelt werden. Hierfür fehlte jedoch bisher eine Regelung. Er gibt zu, dass bei Herrn Dr. Berndt zumindest bei ihm Kenntnis über seine Person bestand, jedoch über die von der GfG-Fraktion genannten Frau H. keine Kenntnis in der Verwaltung vorlag. Die Verwaltung braucht eine klare Handlungsvorgabe. Bis dato nimmt die Verwaltung alle Spenden an und filtert diese nicht. Es ist eine falsche Behauptung, dass die Bürgermeisterin die Spenden freigegeben, bzw. angenommen habe.</p> <p>Herr Dr. Berndt nimmt Bezug auf die Stellungnahme der GfG-Fraktion und bestätigt die Meinung der E-Mailverfasserin. Es sind immer nur Anhäufungen von Redensarten, die geäußert werden.</p> <p>Bezogen auf die Äußerung des respektvollen Umgangs mit allen Stadtverordneten, hinterfragt er, ob ihnen auch bewusst sei, dass er auch ein Stadtverordneter sei. Er fühlt sich als Mensch zweiter Klasse – Spenden dürfen nicht alle. Abschließend bedankt er sich bei der GfG-Fraktion, dass diese für eine landesweite Bekanntgabe seiner Spende gesorgt haben. Er selbst hätte kein Wort darüber verloren.</p> <p>Frau Schulz macht nochmals darauf aufmerksam, dass diese Stadtverordnetenversammlung den Wählerwillen abbildet und man damit lernen muss umzugehen. Ignoranz und Ausgrenzung ist der falsche Weg. Es sei aus ihrer Sicht auf falsch, Menschen von außerhalb zu mobilisieren und bundespolitischen Druck auf die Stadtverordneten auszuüben.</p> <p>Herr Kolan richtet sich, während er und andere Vertreter der Fraktion bereits ihre Sachen zusammenpacken direkt an den Amtsdirektor. Er hätte sich von ihm gewünscht, dass dieser sich bereits letzte Woche Donnerstag, als das hier alles losging, zu den Abläufen bei den Spendeneingängen und zur Freigabe des Plakates/Flyers geäußert hätte.</p> <p>Frau Schulz merkt an, dass der Amtsdirektor doch gar keine Kenntnis von dem Erläuterungswunsch hatte, weil niemand an ihn mit einer entsprechenden Frage herangetreten ist. Herr Kolan stellt jedoch fest, dass er heute dazu Aussagen treffen kann und er ihn nicht ständig fragen müsse, Er sieht doch, was hier hochkam.</p> <p>Frau Schulz berichtet darüber, dass ein Bürger im Auftrag der Initiative „Golßen für Alle“ die Unternehmen angeschrieben hat und diese mit dem rechtsextremen Spender gleichgesetzt hat. Der Bürger forderte darin die</p> |
|--|

| | | | | |
|----|---|--|--|--|
| | <p>Unternehmer auf, Konsequenzen zu ziehen. Die Unternehmen haben sich bei ihr darüber beschwert. Herr Kolan verweist (bereits im Gehen) darauf, dass die GfG-Fraktion niemanden angeschrieben hat.</p> <p><i>Die GfG-Fraktion verlässt geschlossen die Sitzung um 19:52 Uhr (8 Mitglieder). Es sind noch 9 Stadtverordnete anwesend.</i></p> <p>Herr Kehling möchte nochmals klarstellen, dass auch nicht die Verwaltung das Plakat freigegeben hat. Dies macht der Veranstalter selbstständig. Es ist falsch, der Verwaltung oder der ehrenamtlichen Bürgermeisterin die Schuld zuzuweisen. Auch bezüglich der Spendenannahme.</p> <p>Frau Schulz möchte nochmals klarstellen, dass sie Anschreiben, Vorwürfe oder Aufrufe auf sozialen Medien nicht als Kommunikationsmittel für Handlungen ihrerseits sieht.</p> <p>Herr Fuchs teilt mit, dass das Stadtfest nicht politisch ist und auch niemals sein sollte. Er erinnert an die Wahlwerbung im letzten Jahr durch die SPD. Er findet es traurig, Herrn Dr. Berndt öffentlich die Menschenwürde abzusprechen. Es wurde zur Spende aufgerufen und es gibt bisher keine Regelung, um Spenden abzulehnen. Er findet es schrecklich, dass das Stadtfest so politisiert wurde.</p> <p>Er hofft, dass unser Stadtfest ein gelungenes Fest wird.</p> <p>Frau Schulz hält fest, dass die Beschlussvorlage Nr. 84-2025 in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt werden soll – auch ohne Abstimmung über den Vertagungsantrag der GfG.</p> | | | |
| 8. | <p>Verschiedenes/Informationen</p> <p>Anfragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung</p> <p>Anträge der Fraktionen für die nächste Sitzung</p> <p>Frau Fuchs</p> <p><u>Informationen durch ein GfG-Mitglied an die Initiative „Golßen für Alle“</u></p> <p>Sie hätte sich gewünscht, dass das Mitglied der Fraktion öffentlich zu seiner Meinung steht und öffentlich dazu steht, es gewesen zu sein.</p> <p>Frau Schulz berichtet über ihre unternommenen Versuche der Deeskalation, indem sie Kontakt mit einer der Veranstalterin der Demo aufgenommen hat. In dem Gespräch gab diese zu, sie persönlich gar nicht zu kennen und sie aufgrund des Zutrags handelt. Frau Schulz macht nochmals darauf aufmerksam, dass diese Stadtverordnetenversammlung sehr bunt sei und man einen guten Umgang miteinander finden muss. Der Wille der Wählerschaft wird hier repräsentiert und ist zu akzeptieren.</p> <p>Frau Schulz</p> <p><u>E-Mail an den Herrn aus Gersdorf (zitiert in Spiegel-online)</u></p> <p>Sie hat dem Herrn geschrieben, weil sich die Firmen/Unternehmen, die für das Stadtfest gespendet haben, bei ihr beschwert haben, weil sie als rechtsextrem bezeichnet wurden. Leider fehlt bei den Veröffentlichungen die Mail des Herrn. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar, welche Folgen das für die Stadt hat, insbesondere, wie sich diese ganze Kampagne auf das Spendenverhalten in den kommenden Jahren auswirkt.</p> <p>Ende: 20:05 Uhr</p> | | | |


Andrea Schulz
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung